

von Podemos rahmt (Kap. V.1). Dies liefert die Basis, um das Kernanliegen dieses Kapitels zu adressieren: die Entstehung und Hochphase des spanischen Linkspopulismus. An der Spitze des Podemos-Projektes steht Pablo Iglesias, doch in ihm erschöpft es sich keineswegs. Daher werde ich im ersten Schritt umreißen, wie ein kleiner Politologenkreis rund um Iglesias und dem Parteistrategen Íñigo Errejón eine »populistische Hypothese« aufstellt, welche die Koordinaten absteckt, von denen aus sich Podemos artikuliert (Kap. V.2). Dies leitet über zum ausführlichen Hauptschritt des Kapitels: Die Rekonstruktion des Podemos-Diskurses rund um vier Ereignisse, die sich von der Entstehung der Partei im Januar 2014 bis zum Einzug von Podemos in das spanische Parlament im Dezember 2015 erstrecken. Ich tätige eine politische Diskursanalyse, die sich besonders auf die Reden von Iglesias konzentriert, aber nicht dabei verharret (Kap. V.3). Die Rekonstruktion des spanischen Linkspopulismus runde ich mit einer Gesamtschau ab, in der sich die empirischen Einsichten verdichten (Kap. V.4). Abgeschlossen wird das Kapitel mit einer dezentrierenden Bewegung. Über die Auswertung der Protokolle zweier Basisgruppen von Podemos blickt eine *Diskursanalyse von unten* auf die Praktiken, die den spanischen Linkspopulismus eben auch auszeichnen. So wird der Blick freigelegt für ein potentiell *anderes* Podemos (Kap. V.5).

1 Ordnung in der Krise

Was heißt es, dass die Proteste der Indignados ein Klima schaffen? Es heißt, dass die Indignados nicht nur eine Bewegung oder eine Struktur mit Versammlungen und Kommissionen sind, sondern auch ein anderer *Geisteszustand* und eine andere kollektive Einstellung gegenüber der Wirklichkeit – und zwar auf der Grundlage der ermächtigenden Erfahrung auf den Plätzen, die sich in der Gesellschaft verstreut hat.

(Fernández-Savater 2012b: 136, H. i. O.)

Bevor die Geburt und die Artikulation der Partei Podemos ins Zentrum rücken, gilt es, einen Schritt zurückzutreten und grob zu rekonstruieren, wie sich Spanien zwischen dem Ausbruch der Empörung Mitte 2011 und der Geburt von Podemos Anfang 2014 verändert. Wenn im obigen Zitat der Philosoph Amador Fernández-Savater darauf hinweist, dass die Proteste der Indignados auf der Grundlage der »ermächtigenden Erfahrung auf den Plätzen« in der gesamten spanischen Gesellschaft ein »Klima« schaffen und eine »andere kollektive Einstellung gegenüber der Wirklichkeit« einweihen, dann ist das eine sehr starke und in dieser Deutlichkeit wohl auch überzogene These. Doch wahr ist, dass die Empörung an Spanien nicht spurlos vorbeizieht. Wie verschiedene Studien unterstreichen, nehmen allein im Jahr 2011 an den Protesten der Indignados zwischen 800.000 und zwei Millionen Menschen teil, weitere fünf Millionen stoßen zumindest punktuell zu De-

monstrationen und Protestcamps hinzu (vgl. Adell Argilés 2011: 154ff.). Neben dieser direkten Beteiligung kartiert die Meinungsforschung konstant hohe Unterstützungswerte für die Proteste. In Umfragen sympathisieren 60 bis 80 Prozent der Befragten mit den Indignados – diese Unterstützung ist im Frühling 2012, ein Jahr nach den ersten Mobilisierungen, nicht etwa gefallen, sondern hat sich auf hohem Niveau stabilisiert.⁴

In diesem Sinne lässt sich durchaus behaupten, dass die Indignados Spaniens Ist-Zustand erschüttern. Der Empörungsdiskurs bleibt auch und besonders erhalten durch die Wirtschaftskrise, in der sich das Land seit 2007 befindet – und die sich ab 2011 weiter zuspitzt. Die Zahl der Arbeitslosen steigt 2012 und 2013 auf sechs Millionen und ist in Spanien mit über 25 Prozent gemeinsam mit Griechenland die höchste in der Europäischen Union (vgl. Eurostat 2013). Wenn man hinzunimmt, dass 2013, nach sechs Jahren Wirtschaftskrise, Hunderttausende aus ihren Wohnungen zwangsgeräumt worden sind,⁵ die Reallöhne fallen und 40 Prozent der neuen Arbeitsverträge nur einen Monat lang hält (vgl. Sánchez 2013), so tut sich ein entmutigendes Szenario auf. Arbeitslosigkeit, Prekarität und Perspektivlosigkeit betreffen, anders als in Mittel- und Nordeuropa, nicht »nur« ein Viertel der Gesamtbevölkerung, sie werden vielmehr zum querschnittartigen Phänomen, das eine Mehrheit durchlebt. Bei einer Jugendarbeitslosigkeit von zeitweise knapp 60 Prozent ist es für die Akademikerin aus der Mittelschicht genauso schwer, eine Stelle zu finden, wie für das ecuadorianische Paar, das vor der Krise auf dem Bau und in der Pflege gearbeitet hatte und nun arbeitslos ist. Beamte wie Lehrer oder Ärztinnen sind zwar in einer vergleichsweise sicheren Position, doch auch sie betrifft – durch erhöhten Arbeitsdruck und niedrigere Löhne – der harsche Austeritätskurs, den die Regierungen auf zentraler, regionaler und kommunaler Ebene forcieren, um ihre Ausgaben zu deckeln. In diesem Sinne sieht sich die gesamte spanische Bevölkerung einer *Krisenerfahrung* enormen Ausmaßes ausgesetzt. Sie lässt sich nur vergleichen mit der Nachkriegszeit in den 1940er Jahren. Der Ökonom Juan Carlos Barba (2011) hält fest: »Spaniens Wirtschaft bricht derzeit in einem Ausmaß zusammen, das in Europa in Griechenland seinesgleichen findet.«

-
- 4 So ermittelt eine Studie des Forschungsinstituts Metroscopia von Mai 2012, dass 68 Prozent der Befragten mit den Indignados sympathisieren und 78 Prozent die Forderungen der Protestler als richtig beurteilen. Interessanterweise urteilt eine Mehrheit (65 Prozent) ebenfalls, dass die Empörtenproteste nicht für eine radikale Systemkritik stehen, sondern vielmehr die Demokratie zu regenerieren suchen (vgl. Lobera 2012).
- 5 Die konservative Zentralregierung besitzt (angeblich) noch im Frühling 2012 keine Daten darüber, wie viele Menschen während der Krisenjahre zwangsgeräumt worden sind. Die Mindestschätzung bewegt sich aber bei 200.000 – sehr wahrscheinlich waren es aber zumindest doppelt so viele. 2013 bis 2018, da die Krise langsam (und vorläufig) überwunden wird, finden nachweislich 400.000 Zwangsräumungen statt.

Bereits diese grobe Skizze sollte aufzeigen,⁶ dass der Empörungsdiskurs auf eine zerrüttete Gesellschaft stößt, in der die im historischen Kapitel II angeführten Versprechen auf Wachstum, Stabilität, individuelle Selbstentfaltung sowie eine konstante Modernisierung, die das nachfranquistische Spanien beherrscht haben, brüchig werden. Eine Sphäre der spanischen Gesellschaft bleibt gleichwohl in der unmittelbaren Zeit nach 2011 erstaunlich stabil. Spaniens institutionelle Politik gibt *keine* Anzeichen dafür, sich gegenüber den Empörten besonders responsiv zu verhalten, geschweige denn sich von ihnen erschüttern zu lassen. Wie Raimundo Viejo (2012: 24) betont, überrascht der Empörungsausbruch die etablierten Kräfte, er lässt sich nur schwer innerhalb der historisch tradierten Regeln der spanischen Politik übersetzen. Wie Kapitel II, »Spanien vor der Empörung, oder: Ruhe und demokratische Ordnung«, gezeigt hat, spielen für die fehlende Responsivität des Parteiensystems gegenüber dem Empörungsdiskurs insbesondere zwei Faktoren eine herausragende Rolle. Erstens geschah im nachfranquistischen Spanien eine Differenzierung zwischen Politik und Gesellschaft, die beide Bereiche als grundsätzlich verschiedene stilisierte. In der politischen Sphäre wurde regiert, repräsentiert und es wurden Entscheidungen getroffen, während die Sphäre der Zivilgesellschaft gleichsam politikfrei blieb und über die institutionellen Repräsentationsmechanismen hinaus nur wenige Einflussmöglichkeiten besaß.

Dies führt zum zweiten Faktor, der das schwere Verhältnis zwischen dem Empörungsdiskurs und Spaniens politischem System verstehbar macht. Die Proteste und Mobilisierungen, die in den knappen vier Dekaden, die vom Ende der Diktatur (1975) bis zum Ausbruch der Empörung (2011) reichen, beschränkten sich entweder auf Einzelthemen (etwa die Ökologie, die Abschaffung der Wehrpflicht, spezifische Arbeitskämpfe u.Ä.) oder sie blieben eine Sache subkultureller Milieus, die sich der Gesamtgesellschaft nicht zu, sondern sich von ihr abwandten (etwa die Hausbesetzerbewegung oder die Studentenbewegung). Bei den Empörtenprotesten verhält es sich anders. Sie formulieren eine grundsätzliche Kritik am Ist-Zustand. Man kann den Konflikt von »unten gegen oben«, der 2011 ausbricht, in vieler Hinsicht kritisieren und seine populistische Naivität, seine Vagheit oder seine Widersprüche monieren. Doch eines artikulieren die Indignados stärker als jede andere Bewegung seit 40 Jahren: Sie setzen sich mit der instituierten Ordnung, das heißt mit der Gesellschaft als Ganzes, auseinander. Der Protest von 2011 und der Folgejahre ist grundsätzlicher Natur. Zwar sind sich die Protestlerinnen selbst uneins, ob sie die Kritik an der Demokratie als Anspruch auf die Regeneration der repräsentativen Demokratie verstehen oder diese Demokratie grundsätzlich ablehnen – doch *dass* sich das politische System *ändern muss*, darüber sind sich alle einig, die erst in den großen Zeltlagern und später in den kleineren Quartiersversammlungen zusammenkommen.

6 Diese Arbeit möchte nicht in die komplexe Analyse des spanischen Wirtschaftsmodells steigen, das erst Jahrzehnte eines rapiden Wachstums sicherstellte, um dann im Zuge der Finanzkrise von 2008 rapide zusammenzubrechen. Die hiesige Perspektive ist nicht, wie schon betont, eine ökonomische, sondern eine kulturalistische; sie betrachtet nicht Spaniens Wirtschaftskrise »an sich«, sondern die so neuartigen wie umkämpften Deutungen, die sich rund um diese langjährige Krise artikuliert haben (siehe allerdings als kritische Analysen zu Spaniens Wirtschaftskrise: López/Rodríguez 2011, Huke et al. 2015, Clua-Losada 2012 und 2015).

Bevor dieses Kapitel darauf eingeht, was Podemos aus den Protesten der Indignados macht, möchte ich zwei kurze Seitenblicke auf diese Proteste selbst sowie auf die institutionelle Politik werfen. Dies soll den Kontext liefern, von dem aus sich die Genese, Strategie und Praxis von Podemos einordnen lässt. Konzeptuell gesprochen möchte ich im Folgenden knapp die Topographie der Gegenhegemonie und der Hegemonie kartieren, die das politische Spanien nach der Entstehung des Empörungsdiskurs im Mai 2011 und vor der Entstehung von Podemos strukturiert. Diese Topographie wird verständlicher machen, warum in Spanien eine neue linkspopulistische Partei entsteht und warum sie sich so artikuliert, wie sie es tun wird.

1.1 Der Empörungsdiskurs – verbreitet, aber erschöpft

Das vorhergehende, ethnographische Kapitel legte bereits eine widersprüchliche Tendenz offen, die Spanien in den Jahren nach 2011 prägen sollte. Der Empörungsdiskurs oszilliert zwischen Diffusion und Erschöpfung. Bezüglich der Diffusion ist festzuhalten, dass das Land bis 2013 eine beispiellose Abfolge von Mobilisierungen und Protesten erlebt.⁷ Millionen mobilisieren sich, um ein Ende der Austeritätspolitik zu fordern, ihre politischen Repräsentanten zu kritisieren und eine andere Demokratie zu fordern. Dies geschieht am 19. Juli 2012, als unter dem Motto »Sie möchten das Land ruinieren. Das ist zu verhindern. Wir sind mehr« in Madrid mehrere hunderttausend und in anderen spanischen Städten zehntausende Demonstrantinnen marschieren. Sie protestieren gegen die Pläne der konservativen Zentralregierung, binnen zweier Jahre Sparmaßnahmen in Höhe von 65 Milliarden Euro zu realisieren, die mit Kürzungen des Arbeitslosengeldes, der Beamtgehälter oder einer Erhöhung der Mehrwertsteuer einhergehen.⁸ Der Soziologe Emmanuel Rodríguez beschreibt den Protest vom 19. Juli 2012 wie folgt:

In Madrid haftet der Demonstration eine merkwürdige Stimmung an. Man ruft: »Sie repräsentieren uns nicht!«, »Es gibt kein Brot für so viele Gauner!« Das dürfte nicht überraschen. Unerwartet aber fällt die Zusammensetzung des Aufmarsches aus. Am 19. demonstrieren gemeinsam Gewerkschafter, Aktivisten, soziale Bewegungen, aber auch Lehrer, Ärztinnen und Krankenpfleger, Verwaltungsbeamte, Feuerwehrleute, Polizisten, Richter... Alles Spezies, die Protesten traditionell fernstehen. Das ist *nicht* der 15-M [die Indignados]. Aber der 15-M hat seine *Formen* weitergegeben. (Rodríguez 2016: 46, Hervorheb. C. L.)

Anhand des Blickes auf die Protestteilnehmerinnen räsoniert also Rodríguez, dass bei den Protestmärschen im Juli 2012, mehr als ein Jahr nach dem ursprünglichen Empörungsausbruch, die Empörungstimmung diffundiert sei. Selbst traditionell eher unpo-

7 Die Darstellung des Protestzyklus, der zwischen den Protesten der Indignados im Mai 2011 und der Geburt von Podemos geschah, fällt hier aus Platzgründen knapp aus. Als Darstellungen hierzu im deutschsprachigen Raum siehe die Beiträge von Huke 2017: 224–269 und Zelik 2015: 105–115, international: Fominaya 2020.

8 Anders als etwa in Griechenland richtet sich der Protest weniger gegen die supranationalen Institutionen (Europäische Kommission, Zentralbank sowie Internationaler Währungsfonds), welche die Austerität forcieren, sondern eher gegen die nationalen Eliten, die den Sparkurs innerhalb Spaniens vorantreiben.